

Green New Deal!

Die ökologische Wende der Konjunkturpolitik

1. Einleitung

Vor zehn Jahren, schon bald nach dem Beginn der Finanzkrise, setzte weltweit die Erkenntnis ein, dass die eingebrochenen privaten Investitionen mit staatlichen Konjunkturprogrammen kompensiert werden müssten. Die Regierungen der Welt wendeten sich überraschend schnell von den bisher dominanten Laissez-faire-Ansätzen ab. Weltweit schlug die Stunde von Staatsinterventionen, womit die Notwendigkeit ihrer Begründung aufkam. Anders als in einem weitgehend unregulierten, privatwirtschaftlich organisierten Finanzsektor bedürfen staatliche Investitionen der öffentlichen Legitimierung. Die massiven staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen führten auch zu größeren politischen Verwerfungen. Beispielsweise war die Gründung der Tea-Party-Bewegung im rechtskonservativen Spektrum der USA eine bis heute nachwirkende Reaktion auf die staatliche Interventionspolitik der damaligen US-Administration. Die Finanzkrise von 2008 ist für das Verständnis von moderner Konjunkturpolitik in der Corona-Zeit besonders interessant, weil sie den Zeitpunkt markiert, an dem zahlreiche Staaten keynesianische Interventionen mit einer Hinwendung zur Ökologie legitimierten und damit eine ökologische Wende der Konjunkturpolitik einleiteten. Anders als der ›New Deal‹ Theodore Roosevelts aus den 1930er-Jahren wurde 2009 die bis dahin rein sozial und ökonomisch begründete antizyklische Konjunkturpolitik durch ökologische Argumente ergänzt (vgl. Barbier 2010). Unter dem Titel ›Green New Deal‹ (UNEP 2009) und später ›Green Growth‹ (OECD 2011) katapultierte sich die ökologische Modernisierung der Wirtschaft quasi über Nacht aus der umweltpolitischen Nische heraus in den konjunkturpolitischen Mainstream (vgl. Schepelmann et al. 2009; Barbier 2010). Zwar gab und gibt es immer noch Regierungen und internationale Institutionen, die diese ökologische Wende der Konjunkturpolitik nicht nachvollziehen, allerdings dürften sich diese spätestens seit dem Jahr 2009 in der Minderheit befinden.

Die Forschung kam mit dem Tempo der Entwicklungen kaum hinterher. Oft konnten nur vorläufige Informationen von Regierungen zu Programmen ausgewertet werden, die vielerorts noch im Entstehen waren. Unklare Referenzen und variierende Methodik führten dazu, dass eine Reihe von unterschiedlichen Einschätzungen kursierten (vgl. z. B. Deka Bank 2009; Ecofys/Germanwatch 2009; IFW 2009; HSBC 2009; Saha/Weizsäcker 2009). Dennoch lassen sich daraus einige wichtige Erkenntnisse und Faustregeln z. B. für die Legitimierung des European Green Deal, aber auch für die angekündigten nationalstaatlichen Konjunkturprogramme nach der Corona-Krise ableiten.

Das Wuppertal Institut veröffentlichte bereits im Jahr 2009 eine der ersten Übersichten der verschiedenen Analysen zu den ökologischen Aspekten der Konjunkturprogramme nach der Finanzkrise (vgl. Schepelmann et al. 2009). Die Studie ist einer der ersten Beiträge zu einem europäischen Green Deal und vermittelt einen Überblick und grundlegende Informationen zur Größe der damaligen Konjunkturprogramme, deren Inhalte und Potenziale. Wir wollen im Folgenden unsere These von einer ökologischen Wende der Konjunkturpolitik begründen, indem wir die wichtigsten Erkenntnisse der damaligen Studie zusammenfassen. Im Anschluss leiten wir daraus wichtige Lektionen für den sich anbahnenden European Green Deal als eine wirtschaftspolitische Antwort auf die Corona-Krise ab.

2. Absolute und relative Größe der Konjunkturprogramme

Nach einer ersten Aufstellung der HBSC Bank (2009) gab es unter den Konjunkturpaketen erhebliche Größenunterschiede. Das mit Abstand größte Konjunkturprogramm entstand in den USA mit einem Volumen von über 750 Milliarden Euro, gefolgt von China mit über 450 Milliarden Euro und Japan mit 375 Milliarden Euro. Die Europäische Union konnte nur etwa 30 Milliarden Euro mobilisieren, wobei einzelne Mitgliedstaaten deutlich größere Programme entwickelten. Beispielsweise legten Deutschland und Italien Programme mit einem Volumen von ca. 80 Milliarden Euro auf. Diese nationalen Programme wurden jedoch nicht gemeinschaftlich gesteuert, weshalb man zwischen den Programmen der EU als Gemeinschaft und denen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterscheiden muss.

David Saha und Jakob von Weizsäcker (2009) verglichen die Größe der Konjunkturprogramme der USA, Chinas und der Europäischen Union im Verhältnis zu ihrem Bruttoinlandsprodukt. Danach gaben beispielsweise die USA doppelt so viel für die Belebung der Wirtschaft aus wie die Europäische Union, während Chinas Programm im Verhältnis sogar achtmal umfangreicher war. Auch eine Studie der Deka Bank (2009) bestätigte, dass im regionalen Vergleich die europäischen Konjunkturprogramme klein ausfielen. Zwar waren diese etwa doppelt so groß wie die des Nahen Ostens oder Afrikas. Sie betrugen aber nur ein Drittel der US-Ausgaben und weniger als ein Drittel der Investitionen in Asien und Ozeanien. Der Nobelpreisträger Paul Krugman warnte, dass die europäischen Konjunkturprogramme bei Weitem nicht ausreichen würden, um die Konjunkturkrise zu überwinden (vgl. Strobl 2009).

3. Die grünen Anteile der Konjunkturprogramme

Die ›grünen‹ Bestandteile der Konjunkturprogramme können aufgrund der schwachen Datenlage nur abgeschätzt werden. Es gab weder allgemeingültige Definitionen noch Kriterien dafür, was grüne Maßnahmen seien bzw. nicht darstellen könnten. Dennoch zeigen die seinerzeit kursierenden Abschätzungen, die

überwiegend auf regierungsamtlichen Informationen beruhten, bemerkenswerte Tendenzen auf. Danach gab es nicht nur Unterschiede bei der absoluten und relativen Größe der Konjunkturprogramme. Auch die grünen Anteile an den Konjunkturprogrammen variierten erheblich, beginnend mit einem Prozent in Italien bis zu 80 Prozent in Südkorea. Mit der Ausnahme der Regierung Frankreichs und der EU-Kommission blieb der grüne Anteil der Investitionsprogramme der EU-Mitgliedstaaten und der USA unter 20 Prozent. Im Vergleich dazu investierte die chinesische Regierung fast 40 Prozent in grüne Maßnahmen. Südkorea war mit einem Anteil von über 80 Prozent der grüne Champion (vgl. HSBC 2009). Diese Schätzungen zur Größe der grünen Investitionsprogramme sagen allerdings wenig über die ökologische Orientierung und Ausgabenfreudigkeit der jeweiligen Regierungen insgesamt aus. Die meisten der damaligen Studien betrachteten nur die Gesamtheit der Ausgaben und weniger deren Qualität im Verhältnis zur nationalen Politik. Daher betrachteten die meisten *Ad-hoc*-Studien auch nicht die Ambivalenz oder Kontraproduktivität einzelner Maßnahmen. So sah das US-Konjunkturprogramm z. B. Ausgaben von 21 Milliarden für den Straßenbau vor. Die kanadische Regierung erklärte Subventionen für die Atomindustrie zu einer grünen Investition. Ein weiteres Beispiel für vermeintlich »grüne« Investitionen war die deutsche sogenannte »Umweltprämie«. Daher versuchten beispielsweise Ecofys und Germanwatch (2009) im Auftrag des WWF eine qualitative Bilanzierung von grünen Konjunkturprogrammen. Ihre Analyse schlug einen grünen Effektivitätsfaktor für die Investitionen und politischen Maßnahmen vor. Der Effektivitätsfaktor ergab sich aus qualitativen Kriterien wie z. B. dem Emissionsreduktionspotenzial. Kontraproduktive Maßnahmen wie z. B. Straßenbau wurden negativ angerechnet. Die so gewichteten Ausgaben wurden ins Verhältnis zum nationalen Bruttoinlandsprodukt gesetzt. Diese koeffizientengestützte Berechnung resultierte in positiven und negativen Werten für die Ausgabenstruktur des untersuchten Landes. Danach berechneten die Autoren für die Ausgaben in Deutschland und den USA einen positiven Wert von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber negativen Ausgaben von 0,12 Prozent (USA) und 0,05 Prozent (Deutschland).

4. Zielbereiche grüner Konjunkturprogrammanteile

Die HSBC Bank (2009: 2) ordnete die grünen Anteile an dem Konjunkturprogramm den Sektoren emissionsarme Energie, Energieeffizienz sowie der Wasser- und Abfallwirtschaft zu. Danach waren fast 70 Prozent (ca. 220 Milliarden Euro) zur Erhöhung der Energieeffizienz eingeplant. Unter den Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nahm der Ausbau des Schienenverkehrs den größten Anteil ein. Dies bezieht sich vor allem auf die hohen chinesischen Investitionen in diesem Bereich. Ecofys und Germanwatch (2009) kritisierten, dass die Maßnahmen oft nur auf Energieeffizienz in Gebäuden und den Verkehrsbereich abzielten.

Wichtige Leitmärkte wie erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, intelligente Netze, Energiespeicherung und öffentlicher Nahverkehr seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. In der Tat war die Unterstützung für erneuerbare Energien relativ schwach ausgeprägt. Lediglich Frankreich, die USA und Südkorea hatten entsprechende Programmbestandteile aufgelegt (vgl. HSBC 2009). Nur die Europäische Union, die USA und Kanada investierten in *carbon capture and storage* (CCS). Kanada investierte darüber hinaus auch in Atomkraft.

Die Ausgaben für Wasser- und Abfallwirtschaft schließen auch Ausgaben für allgemeine Verbesserung der Umweltqualität ein wie z. B. die entsprechenden Investitionen von 40 Milliarden Euro in China. Im Gegensatz zu Europa investierten die USA und Südkorea auch erheblich in diesem Bereich.

5. Wirtschaft und Beschäftigung

Die kurz nach der Finanzkrise erschienenen Studien zu den Konjunkturprogrammen enthielten kaum umfassende Analysen. In der Regel berücksichtigen die 2009 ausgewerteten Studien nicht die indirekten makroökonomischen Effekte zusätzlicher Investitionen bzw. Kostenreduktionen, wie sie z. B. durch Ressourceneffizienz entstehen. Auch gibt es Selbstfinanzierungseffekte durch zusätzliche Steuereinnahmen, die durch staatliche Investitionsprogramme ausgelöst werden können. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden direkte und indirekte Rückkopplungseffekte durch Wachstum und Substitution (z. B. sogenannte ›rebound effects‹). Auch das Beschäftigungspotenzial der unterschiedlichen Konjunkturprogramme ist nur schwer abzuschätzen, da sie auf weitreichenden Annahmen beruhen. Beispielsweise sind oft nur die Bruttoeffekte bei der Einführung erneuerbare Energien berechnet worden, ohne dabei die Verluste von Arbeitsplätzen im traditionellen fossilen Energiesektor zu berücksichtigen. Trotzdem gab es vereinzelt Versuche, das Arbeitsmarktpotenzial verschiedener Programme abzuschätzen. Danach schwankten die Schätzungen der Bruttoeffekte ähnlich stark wie die Volumina der Programme von 80.000 bis 100.000 (Frankreich) bis zu 3,5 Millionen Arbeitsplätzen in den USA (vgl. Schepelmann et al. 2009).

6. Zwischenfazit

Trotz der Vorläufigkeit und der damit verbundenen Unsicherheit der damaligen Studien können wir schlussfolgern, dass die Größe europäischer Konjunkturprogramme im Vergleich zu den US-amerikanischen und chinesischen Programmen relativ gering war. Im Vergleich zu asiatischen Programmen enthalten diese eher kleine grüne Anteile, aber es muss betont werden, dass die Qualität der grünen Ausgaben bis heute kaum abschließend beurteilt werden kann. Dennoch muss festgehalten werden, dass die geringe grüne Förderung in der EU besonders im

Hinblick auf Asien die Frage nach wirtschaftspolitischer Kompetenz und politischem Führungswillen aufwirft.

Die Diskussionen zur endgültigen Größe, zu Maßnahmen und zusätzlichen Paketen waren 2009 noch nicht abgeschlossen. Viele Studien beziehen sich auf Angaben, deren Quellen teilweise unklar waren (vgl. z. B. Deka Bank 2009; Ecofys/Germanwatch 2009; HSBC 2009; Saha/Weizsäcker 2009). Eine weitere Schwierigkeit war die Definition grüner Bestandteile von Konjunkturprogrammen. Es gibt keine international anerkannten Kriterien für grüne Wirtschaftspolitik, zum anderen waren die Wirkungen komplex.

Viele Studien und Kommentare zum grünen Anteil von Konjunkturprogrammen bezogen sich ausschließlich auf Klima- und Energiefragen, aber Green New Deals beinhalten mehr als nur Klimaschutz. Insbesondere China, Südkorea und die USA haben große Anteile ihrer Konjunkturprogramme der Abfall- und Wasserwirtschaft gewidmet. Besonders im Hinblick auf die umsatzstarke und wettbewerbsfähige Umweltwirtschaft der Europäischen Union sollten Aspekte einer zukunftsfähigen Kreislauf- und Wasserwirtschaft nicht vernachlässigt werden. In einkommensschwachen Staaten und Schwellenländern wächst nach wie vor ein riesiger Markt für Umweltnfrastruktur. Saubere Luft, unbelastete Böden, Schutz der biologischen Vielfalt, eine sichere Wasserversorgung und geregelte Abfallentsorgung und Kreislaufwirtschaft sind auch aus wirtschaftsethischen Gründen im europäischen Interesse.

7. Der European Green Deal nach der Covid-Pandemie

Die aktuellen Meldungen zum European Green Deal sowie zu möglichen Konjunkturpaketen nach der Corona-Pandemie erzeugen überwiegend den Eindruck, als hätte es die grünen Konjunkturprogramme nach der Finanzkrise vor zehn Jahren nie gegeben. Dabei wären diese Erfahrungen jetzt äußerst wertvoll für eine faktenbasierte Konjunkturpolitik. Der Ruf nach grünen Investitionsprogrammen wird von Tag zu Tag lauter. Beispielhaft dafür sind Überlegungen zu einem grünen Konjunkturpaket seitens verschiedener Wirtschafts- und Finanzminister bzw. -ministerinnen, der deutschen Kanzlerin oder die Forderung der Präsidentin der Europäischen Kommission nach einem Europäischen Marshallplan. Auch in den USA hatten Zivilgesellschaft und die Demokratische Partei schon vor der Pandemie einen umfangreichen Green New Deal entwickelt. Wie kann es jedoch sein, dass die grünen Konjunkturprogramme aus der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise trotz ihrer immensen Größenordnung aus dem Fokus von Forschung und Politik gerieten? Die Diskussion um einen Green New Deal verschwand vor zehn Jahren so schnell, wie sie auftauchte. Kurz nach den Banken erfasste die Krise die Haushalte ganzer Staaten. Die europäischen Entscheidungsträgerinnen und -träger waren mit zwischenstaatlichem Krisenmanagement und der Schaffung von

Regeln und Governance-Strukturen befasst – wie etwa dem Europäischen Rettungsschirm und dem Europäischen Semester.

Obwohl die staatliche Verschuldungskrise die damaligen Green New Deals von der politischen Tagesordnung verdrängte, bleibt als historischer Meilenstein, dass spätestens mit der Finanzkrise 2008/2009 ökologische Modernisierung zumindest nominell zum festen Bestandteil der Konjunkturpolitik wurde. Nach der Pandemie wird sich erweisen, ob diese ökologische Wende der Konjunkturpolitik Bestand hat. Es sieht jedoch danach aus.

Durch den Entwurf eines European Green Deal der europäischen Kommission erscheint es unwahrscheinlich, dass das Rad der Geschichte wieder zurückgedreht werden kann und die grünen Bestandteile aus den derzeit diskutierten Post-Corona-Konjunkturprogrammen getilgt werden. Das politische Erbe der Green Deals der Finanzkrise wirkt zusätzlich stabilisierend. Die ›Green Growth Strategy‹ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 2011 ist ein Beispiel dafür. Seither entstanden weitere nützliche Handreichungen und Analysen, die auch in der aktuellen Krise helfen könnten. Neben verschiedenen Analysen auf nationaler und regionaler Ebene und einer Reihe von Kommunikations- und Austauschforen könnten etwa die ›Green Growth Indikatoren‹ der OECD (2014) dazu beitragen, dass künftig ein gemeinsames Verständnis darüber entsteht, was überhaupt unter ›grün‹ zu verstehen ist. Eindeutige Abgrenzungen, Ziele und Indikatoren wären die Voraussetzung für Forschung und für faktenbasierte Beobachtung und Berichterstattung.

Neben der OECD-Strategie von 2011 hatte die durch die Finanzkrise verursachte Fixierung auf Wachstums- und Beschäftigungsfragen auch Auswirkungen auf den Diskurs der Vereinten Nationen. Beispielsweise dominierte im Jahr 2012 das Thema ›Green Economy‹ den damals stattfindenden Rio+20-Gipfel. Im Vergleich zum Erdgipfel von 1992, wo noch eine deutlich breiter und differenzierter geführte Debatte über die ethischen wie ökonomischen Aspekte sowie die Zusammenhänge von Umweltzerstörung, Gerechtigkeit, Wachstum und Entwicklung stattfand, verengte sich der Diskurs der Vereinten Nationen 20 Jahre später unter dem Eindruck der Krise.

8. Lektionen aus der Finanzkrise

Trotz dieser Spuren, die die Finanzkrise bei den Vereinten Nationen und der OECD hinterlassen hat, können wir heute jedoch nicht auf eine umfassende Evaluierung der damaligen Green New Deals zurückgreifen, die uns helfen könnte, Konjunkturpolitik wirklich nachhaltig und erfolgreich zu gestalten. Dies ist in der Rückschau die vielleicht bitterste Erkenntnis und lässt das Ausmaß der verpassten Chancen für eine faktenbasierte Steuerung staatlicher Interventionspolitik erahnen.

Neben der inhaltlichen Debatte zu den Bestandteilen grüner Konjunkturprogramme muss ein institutioneller Diskurs geführt werden, wie internationale Governance von Krisen verbessert werden kann. Evidenzbasierte Erkenntnisse über erfolgreiches Krisenmanagement müssen kurz-, mittel- und langfristig gesichert werden. Das Lernen politischer Institutionen (»policy-learning«) muss sich verbessern und vor allem beschleunigen, da uns die multiplen ökologischen Krisen des Anthropozäns vielfach zu entgleiten drohen. Einzelne gesicherte Erkenntnisse, Heuristiken und Faustregeln über einen Green New Deal können politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger jedoch bereits jetzt berücksichtigen:

8.1 *Der Green New Deal ist nicht nur ein Klimadeal*

Ein Green New Deal und damit zusammenhängende Konjunkturprogramme müssen einem ganzheitlichen Ansatz folgen. Alle Risiken der Überschreitung planetarer Grenzen müssen berücksichtigt werden. Zumindest bei der Europäischen Kommission scheint diese Erkenntnis in Ansätzen gereift zu sein. Beispielsweise umfasst der neue European Green Deal neben dem Klimaschutz auch Aspekte der ökologischen Nahrungsmittelversorgung, Biodiversität und Kreislaufwirtschaft. Auch im Hinblick auf die Berichterstattung lässt die Europäische Kommission erste vielversprechende Ansätze einer nachhaltigen Governance erkennen. So hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen veranlasst, dass die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) in das Europäische Semester¹ aufgenommen wurden. Das Europäische Semester wurde nach der Verschuldungskrise zu einem machtvollen zwischenstaatlichen Berichterstattungs- und Steuerungsmechanismus ausgebaut. Dass das bisher rein ökonomisch ausgerichtete Semester nun zumindest im Anhang alle Aspekte der Nachhaltigkeit umfassen soll, ließe sich auch für eine zielgerichtete Berichterstattung nutzen – beispielsweise unter Rückgriff auf die Green-Growth-Indikatoren der OECD.

8.2 *Der Green New Deal ist planetar*

Eine weitere grundlegende Erkenntnis ist, dass der Green New Deal ein weltweites Phänomen war, bei dem die Europäische Union im regionalen Vergleich eher Schlusslicht als Lokomotive war. Die großen Programme in China, den USA und Südkorea könnten auch die europäischen Regierungen zu mehr Mut inspirieren. Bei ihrer Vorstellung des European Green Deal verglich die EU-Kommissionspräsidentin, Frau von der Leyen, das Vorhaben mit der Mondlandung des Menschen. Dies sollte die Größe der notwendigen politischen, wirtschaftlichen und technolo-

1 Das »Europäische Semester« gehört zum Rahmenwerk für die politische Steuerung der Europäischen Union. Es ist ein regelmäßiger Zyklus, in dessen Verlauf der Europäische Rat und die Europäische Kommission bisher vor allem ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen.

gischen Herausforderungen unterstreichen. Die beschworenen Anstrengungen zielen allerdings diesmal nicht auf den Erdrabanten ab, sondern (endlich) auf unseren Heimatplaneten. Der European Green Deal sollte aufgrund seines planetaren Charakters nicht nur europäisch, sondern auch global abgestimmt sein, weltweite ökonomische, ökologische und soziale Folgen berücksichtigen und internationale Partner einbinden.

8.3 *Die Deals brauchen einen »policy-learning accelerator« (POLLACC)*

Lernprozesse in der Politik (»policy-learning«) müssen sich beschleunigen. Es wäre zu wünschen, dass nicht nur die europäischen Instrumente wie das Europäische Semester im Hinblick auf einen Green Deal ausgebaut werden, sondern dass ein »policy-learning accelerator« (POLLACC) auf internationaler Ebene geschaffen wird, an dem alle ambitionierten Regierungen weltweit partizipieren können (vgl. Schepelmann/Fischedick 2020).

8.4 *Der Green New Deal muss gerecht gestaltet werden*

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben nicht nur Chancen offenbart, sondern auch Schwächen und blinde Flecken. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass zum Beispiel die gerechte Gestaltung eines ökologischen Strukturwandels (»just transition«) von zunehmender Dringlichkeit ist. Insbesondere auch im Hinblick auf zunehmende Risiken durch populistische und postfaktische Tendenzen müssen die Leidtragenden grüner »kreativer Zerstörung« sensu Joseph A. Schumpeter z. B. in der traditionellen fossilen Energieversorgung stärker berücksichtigt werden. Möglicherweise könnten zum Beispiel die deutschen Strukturanpassungshilfen für die Lausitz und das Rheinische Revier auch andere Staaten inspirieren. International beispielgebend könnten darüber hinaus auch neue Konsensfindungsmechanismen sein, die einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen in den Blick nehmen. Positives Beispiel ist hier sicher auch die sogenannte Kohlekommission der Bundesregierung (Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung). Unter breiter Beteiligung der relevanten gesellschaftlichen Akteure legte diese Anfang 2019 einen Vorschlag auf den Tisch, wie der Kohleausstieg in Deutschland unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Klimapolitik, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung umgesetzt werden kann.

8.5 *Der Green New Deal bricht keine Tabus*

Ein politisches Tabu in der Debatte um den Green New Deal ist der konzeptionelle Widerspruch, dass auch »grünes Wachstum« die Wirtschaft weiterwachsen lässt. Das Wachstum der Finanzströme sowie der Güterproduktion und von Dienstleistungen ist jedoch einer der Haupttreiber von Umweltzerstörung. Aus diesem konzeptionellen Widerspruch und dem »Wachstumszwang« herrschender

Wirtschaftsmodelle (vgl. Binswanger 2019) erwachsen Anforderungen an Wissensgenerierung und Steuerbarkeit grüner Modernisierung. Diese stoßen an die Grenzen der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnis und politischen Diskursfähigkeit. Die Wissenschaftsgemeinschaft wird diese fundamentale ideologische Tabuzone, wenn überhaupt, nur durch intensivierte internationale Kooperation überwinden können.

9. Vernunft und Multilateralismus

Die Corona-Pandemie hat vielen Menschen vor Augen geführt, dass die Weltbevölkerung nicht nur ökonomisch, sondern auch physisch verbunden ist. Die Krise birgt die Chance, dass aus dieser Erkenntnis nun auch zusätzliche politische Verbundenheit erwächst. Wissenschaft und Forschung zur Berichterstattung, Eindämmung und Bekämpfung des Virus erfolgt notwendigerweise global vernetzt. Multilaterale Zusammenarbeit ist dabei nationalistischen Alleingängen einzelner Regierungen deutlich überlegen. Vernunft und Multilateralismus sind in Krisenzeiten mehr denn je gefragt. Dies gilt auch für das, was jetzt neben der aktuellen Krisenbewältigung ansteht und was sich 2009 mit der ökologischen Wende der Konjunkturpolitik bereits abzeichnete, nämlich die Entstehung einer globalen grünen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik.

Die mit den absehbaren globalen Megatrends verbundenen Risiken müssen analysiert und ergebnisoffen diskutiert werden. Neuartige Viren, die Digitalisierung, der Wachstumszwang oder die Risiken, die sich bereits jetzt durch die Überschreitung planetarer Grenzen abzeichnen, sind absehbare Bedrohungen unserer Lebenswelt. Eine weitere Verdrängung dieser bekannten Risiken mag zwar in Teilen systembedingt und menschlich nachvollziehbar sein, sie ist aber unvernünftig und zutiefst unethisch. Nur die offene Analyse von Risiken kann die Verletzlichkeit der globalisierten Gesellschaft verringern und die Resilienz hervorbringen, auf die zukünftige Generationen angewiesen sein werden.

Literaturverzeichnis

- Barbier, E. B.* (2010): A Global Green New Deal: Rethinking the Economic Recovery, Cambridge: Cambridge University Press.
- Binswanger, M.* (2019): Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Hoboken: John Wiley & Sons.
- Deka Bank* (2009): Volkswirtschaft Spezial. Konjunkturpakete – weltweites Aufbäumen gegen die Abwärtsspirale, Frankfurt/Main: Deka Bank.
- Ecofys/Germanwatch* (2009): Economic/Climate Recovery Scorecards. How Climate Friendly are the Economic Recovery Packages? Link: <https://germanwatch.org/de/2592> (last access on May 5th, 2020).
- HSBC* (2009): A Climate for Recovery. The Colour of Stimulus Goes Green. HSBC Global Research, Link: http://globaldashboard.org/wp-content/uploads/2009/HSBC_Green_New_Deal.pdf (last access on May 5th, 2020).

- IFW, *Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel* (2009): Konjunktur für den Klimaschutz? Klima- und Wachstumswirkungen weltweiter Konjunkturprogramme, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 464, Kiel: IFW, Link: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Sebastian_Petrick/konjunktur-fur-den-klimaschutz-klima-und-wachstumswirkungen-weltweiter-konjunkturprogramme/kd464.pdf (zuletzt abgerufen am 05.06.2020).
- OECD (2011): *Towards Green Growth. Summary for Policy Makers*, Paris: OECD Publishing.
- OECD (2014): *Green Growth Indicators 2014*. OECD Green Growth Studies, Paris: OECD Publishing.
- Saba, D./von Weizsäcker, J. (2009): Estimating the Size of the European Stimulus Packages for 2009 – An Update. Briefing Paper for the Annual Meeting of the Committee on Economic and Monetary Affairs with the National Parliaments on 11–12 February 2009 at the European Parliament in Brussels, Link: <https://core.ac.uk/download/pdf/6805967.pdf> (last access on May 8th, 2020).
- Schepelmann, P./Fishedick, M. (2020): Perspektiven des »European Green Deal« in Zeiten der Corona-Pandemie: Anforderungen an die Gestaltung grüner Konjunkturprogramme, Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Schepelmann, P./Stock, M./Koska, T./Schüle, R./Reutter, O. (2009): A Green New Deal for Europe. Towards a Green Modernization in the Face of Crisis, Brussels, Link: <https://gef.eu/publication/a-green-new-deal/> (last access on May, 5th, 2020).
- Strobl, T. (2009): Europa ist in größter Gefahr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.03.2009. Link: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/tadel-vom-wirtschaftsnobelpreistr-aeger-europa-ist-in-groesster-gefahr-1923363/nimmt-kein-blatt-vor-den-mund-1931535.html> (zuletzt abgerufen am 08.05.2020).
- UNEP (2009): A Global Green New Deal. Nairobi: UNEP. Link: <https://www.unenvironment.org/resources/report/global-green-new-deal-policy-brief-march-2009> (last access on June 5th, 2020).